

# TAGUNGSDOKUMENTATION

VOM 16. FEBRUAR 2016

# WIR HABEN ES SATT! MENSCHENRECHTE INS ERNÄHRUNGSSYSTEM

Veranstaltet von:



[www.fian.at](http://www.fian.at)

[www.wir-haben-es-satt.at](http://www.wir-haben-es-satt.at)



## „Wir haben es satt“ - eine andere Agrar- und Ernährungspolitik jetzt!

Wir sind eine Plattform von bäuerlichen, umwelt-, wirtschafts-, und entwicklungspolitischen Organisationen. Wir setzen uns für ein weltweit sozial gerechtes und agrarökologisches Landwirtschafts- und Ernährungssystem ein. Wir nehmen eine Gegenposition zum wachstums- und exportorientierten Landwirtschaftsmodell ein und fordern daher eine Agrarpolitik, die auf Ernährungssouveränität, den Menschenrechten und dem Schutz und dem gerechten Zugang zu natürlichen Ressourcen aufbaut.

„Wir haben es satt“ wird getragen von:



Die Tagung wird im Rahmen des Projekts „Menschenrechte ins Ernährungssystem“



### IMPRESSUM

Herausgeber\_in  
FIAN Österreich  
Schwarzspanierstr. 15/3/1,  
1090 Wien  
Tel. 01-2350 239, Fax 01-2350  
239-20  
E-Mail: office@fian.at  
Internet: www.fian.at  
ZVR: 937 480 634

Spendenkonto:  
FIAN Österreich  
IBAN: AT73 2011 1294 1590  
3600  
BIC: GIBAATWWXXX

Redaktion: Simone Peter,  
Susanne Siebel, Linnéa Richter  
Layout: Linnéa Richter  
Fotos: FIAN Österreich

Lizenz: Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/>



# Übersicht - Inhalt der Tagung „Wir haben es satt - Menschenrechte ins Ernährungssystem“

„Wir haben es satt: Menschenrechte ins Ernährungssystem“: Ein Tag voller Diskussion und Information zum Recht auf Nahrung, zu aktuellen Konflikten im Ernährungs- und Agrarsystem sowie alternativen Handlungsoptionen für ein menschenrechtskonformes Ernährungssystem. Dazu lud FIAN Österreich mit und als Teil der „Wir haben es satt“ Plattform am 16. Februar ins Albert-Schweitzer-Haus in Wien ein. Auf drei Panels zu Agrar-, Handels- und Entwicklungspolitik wurde über derzeitige Missstände im Ernährungssystem, sowie über Zukunftsvisionen und den Weg dorthin debattiert. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion ging es um aktuelle Spannungsfelder im Ernährungssystem zwischen Menschenrechten und Konzerninteressen.

Die Tagung war mit über 180 Teilnehmenden gut besucht. Das Publikum reichte von Studierenden über NGO-Mitarbeiter\_innen, Umweltorganisationen, Bauern und Bäuerinnen bis hin zu Vertreter\_innen aus dem EZA-Bereich.

Vor den Paneldiskussionen hielt **Flavio Valente**, Senior Advisor von **FIAN International** einen Vortrag zu "Corporate Capture" - Konflikte im globalen Ernährungssystem. Er zeichnete die zentralen Trends im globalen Ernährungssystem nach und veranschaulichte, wie Konzerne ihren Einfluss auf Regierungen und UN-Organisationen in den letzten Jahren massiv ausweiten konnten.

Artikel zum Thema von Flavio Valente bei Devex: <https://www.devex.com/news/food-and-nutrition-not-for-sale-87062>



Flavio Valente



# Panel Agrarpolitik: Wachstumsdogma - Die Grenzen der europäischen Agrarpolitik.

Im Rahmen des ersten Panels wurden aktuelle Konflikte und Probleme in der Landwirtschaft und Agrarpolitik aufgegriffen. Das Wachstumsdogma der europäischen Agrarpolitik lässt Bauern und Bäuerinnen, die Umwelt, aber auch den ländlichen Raum auf der Strecke. Die Überproduktion und daraus resultierenden Exporte von Milch, Fleisch und anderen Produkten haben verheerende Auswirkungen auf Menschen in Nord und Süd. Statt Wachstum zu propagieren, muss kleinflächige und biologische Landwirtschaft gefördert werden. Dafür reichen Kaufentscheidungen von Konsument\_innen alleine nicht aus - auf politischer Ebene müssen die Weichen dafür gestellt werden: Es braucht politische Rahmenbedingungen, die eine Agrarwende möglich machen, darin waren sich die Diskutant\_innen einig.

Dieser Kurs führe zu weiter sinkenden Preisen, die weit entfernt von einer Kostendeckung, geschweige denn Gewinnerzielung, liegen.

Auch **Irmi Salzer**, Referentin für Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der **ÖBV – Via Campesina Austria**, kritisierte das Paradigma des „Wachsen oder Weichen“. Der gewünschte Spagat der sogenannten „nachhaltigen Intensivierung“ - Betriebe ausweiten und gleichzeitig die Produktion intensivieren – funktioniert nicht. Der heutige Weg sei kontraproduktiv und kurzsichtig. Das Höfesterben nimmt rasant zu. Daher forderte Irmi Salzer u.a. eine Abkehr von flächenbezogenen Förderungen: Ausgleichszahlungen in der Landwirtschaft sollten an Arbeitsplätze gebunden werden. Dies würde positive Auswirkungen sowohl in Österreich, als auch in anderen Regionen der Welt haben.

Für **Gerhard Riess** von der Gewerkschaft **PRO-GE** ergaben sich zwei Schwerpunkte für die Landwirtschaftspolitik: Die Arbeitnehmer\_innenperspektive mehr zu berücksichtigen und den ländlichen Raum insgesamt zu fördern. Gesellschaftliche Umverteilung dürfe nicht auf freiwilligen Maßnahmen wie Corporate Social Responsibility (CSR) basieren. Diese könnten zusätzlich passieren, aber dürften nicht an Stelle von gesetzlichen Regelungen treten.



Panel zur Agrarpolitik

## Probleme im Agrarsystem - Wo stehen wir?

**Ewald Grünzweil**, Obmann der **IG-Milch**, betonte, dass die Überproduktion von Milch in vielerlei Hinsicht ein großes Problem darstelle. Die Intensivierung der Produktion durch Bauern und Bäuerinnen sei jedoch ebenfalls problematisch. Grünzweil kritisierte die systematische Beratung und Bildung der Landwirtschaftskammern in Richtung einer Intensivierung, die die Zukunft in einer Exportsteigerung sehen. Die treibende Vorstellung dahinter ist, dass der stärkste und größte Bauernhof überlebt und die kleinen Höfe weichen müssen.



Das **Welthaus Diözese Graz-Seckau** beschäftigt sich mit Projekten der Entwicklungszusammenarbeit (EZA). Die stellvertretende Geschäftsführerin, **Sigrun Zwanzger**, berichtete, dass sie von Partner\_innen im Globalen Süden aufgefordert werden, sich mehr zu europäischer Politik zu engagieren. Es reiche nicht, Projekte in anderen Ländern zu unterstützen - europäische Politiken müssen verändert werden. Einerseits wird Futtermittel aus Lateinamerika importiert, was Vertreibungen und Hunger zur Folge hat. Überschussproduktion an Milch und Fleisch wird dann oft auch z.B. nach Westafrika exportiert. Dort können die lokalen Produzent\_innen mit den Preisen nicht mehr mithalten und werden aufgrund des billigen Angebots in den Ruin getrieben.

**Sebastian Theissing**, Landwirtschaftssprecher bei **Greenpeace**, kritisierte die derzeitige Landwirtschaftspolitik aus einer Umweltperspektive. Exportorientierung, durch welche Bauern und Bäuerinnen zum Modell der industriellen Landwirtschaft getrieben werden, sei auch aus ökologischen Gründen abzulehnen. Industrielle Landwirtschaft bedeutet hohen Input an Pestiziden oder Antibiotika in der Fleischproduktion, die umwelt- und gesundheitsschädlich sind. Die gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) sei daher kritisch zu betrachten, denn sie bevorzuge das industrielle gegenüber dem agrarökologischen Modell.

### Agrarwende – Wie kann diese erreicht werden?

Für Ewald Grünzweil braucht es eine Mengensteuerung für Milchproduktion. Die Quotenregelung der Vergangenheit habe aus seiner Sicht nicht funktioniert, da sie zu hoch angesetzt war. Es brauche eine an den Markt angepasste Produktion, mit der keine Überschüsse produziert werden. Darüber hinaus wäre eine Förderung für den Umstieg auf biologische Produktion wünschenswert.

Auch Irmi Salzer forderte, Mengenregulierungen einzuführen. Agrarökonom\_innen wissen, dass der Landwirtschaftssektor reguliert werden müsse. Die Abhängigkeit von Förderungen müsse reduziert werden, damit ein selbstbestimmtes Leben möglich sei.

Sigrun Zwanzger plädierte für einen Systemwandel in allen Bereichen: Beim Konsum, im Handel, in der Produktion und in der Politik. Die Politik müsse ihre Förderungsvergaben ändern. Fleisch brauche es zum Beispiel weniger, dafür in besserer Qualität und zu fairen Preisen.

Gerhard Riess prangerte an, dass Österreich die Konvention für Arbeiter\_innen in der Landwirtschaft nicht unterzeichnet hat. Auf Schlachthöfen arbeiten viele auf Werkvertragsbasis für 3,50 Euro die Stunde. Werden Arbeitnehmer\_innen und Erntehelfer\_innen nicht richtig bezahlt, sollten Agrarförderungen für den Betrieb ausgesetzt werden.

Laut Sebastian Theissing ist eine rasche Ökologisierung notwendig. Als Sofortmaßnahme seien alle für Bienen schädliche Pestizide zu verbieten. Langfristig brauche es jedoch eine komplette Abkehr von Insektenvernichtungsmitteln. Auch müsse mehr in innovative, ökologische Agrarforschung investiert werden. Er forderte zudem ein eigenständiges Umweltministerium.



Gerhard Riess und Sebastian Theissing



# Panel Handelspolitik: „Lebensmittelketten“ auf dem falschen Dampfer.

Beim zweiten Panel stand die Handelspolitik im Fokus. Handelspolitik muss an den Menschenrechten ausgerichtet sein. Unter Vorwand der Wettbewerbsfähigkeit wird sie jedoch von Konzerninteressen dominiert - Menschenrechte und Umweltstandards fallen dabei unter den Tisch. Handelsabkommen wie **TTIP** und **CETA** dienen dazu Profitinteressen von transnationalen Konzernen zu verbrieft - „das müssen wir als Gesellschaft satt haben!“, lautet es von den Diskutant\_innen am Panel. Als Vision zeichneten sie eine Handelspolitik, welche die Interessen von Menschen anstatt die der Konzerne in den Mittelpunkt stellt. Um das zu erreichen, braucht es allerdings gesetzliche Regulierungen, so der Tenor am Podium.



Panel zur Handelspolitik

## Probleme – Auf welchem Dampfer fahren wir?

**Franziskus Forster**, Mitglied von **AgrarAttac**, machte darauf aufmerksam, dass Corporate Capture auch in der Handelspolitik zunehme. Seit den 1980ern finde eine Neoliberalisierung des Handelsrechts statt. Das Hauptargument dafür sei Wettbewerbsfähigkeit. Mit Handelsabkommen wie TTIP, Economic Partnership Agreements (EPAs - Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) sowie Mercosur seien jedoch Menschenrechte, Arbeitsrechte und Umweltstandards in Gefahr.

**Heidi Porstner**, TTIP - Sprecherin von **GLOBAL2000**, bemängelte, dass es immer weniger Möglichkeiten gäbe, zu wissen, was in den Abkommen verhandelt wird und welche Konsequenzen sie haben werden. TTIP werde noch

schwerwiegende Auswirkungen haben. Umweltstandards würden sicherlich sinken, auch wenn die EU-Kommission das nicht eingestehen will.

**Konrad Rehling**, Projektleiter „Make Fruit Fair!“ von **Südwind**, sprach die Probleme im Einzelhandel und den Lieferketten an. Auch hier dominieren einige wenige Akteur\_innen den Markt. Dank einer großen Marktmacht können sie über die Preise der Produzent\_innen und Zuliefer\_innen im Globalen Süden entscheiden und gleichzeitig die politischen Rahmenbedingungen mitbestimmen. Preise für Bananen haben sich in den Anbauländern verringert – die Kosten sind indes gestiegen. Bauern und Bäuerinnen erhalten weniger, während Konzerne Handelsspannen zwischen 35 und 40 Prozent erzielen.

**Elisabeth Mondejar**, Marketing- und Verkaufsmanagerin von **Alter Trade Corporation – Mascobado Sugar**, arbeitet seit 27 Jahren mit Kleinbauern und -bäuerinnen in den Philippinen zusammen. Auf der Insel Negros, dem Sitz der Organisation, wird 60 Prozent des Zuckers des Landes produziert. Auch im Fairtrade Markt ist der Preisdruck hoch. Dennoch können Produzent\_innen durch Fairtrade mehr Einkommen erzielen und ihre Produkte am internationalen Markt platzieren. Durch Freihandelsabkommen könnte Zucker aus anderen Ländern auf den philippinischen Markt drängen, was verheerende Auswirkungen für die Bevölkerung hätte.



**Ludwig Rumetshofer**, Geschäftsleiter **ÖBV – Via Campesina Austria**, betonte, dass Bauern und Bäuerinnen den Handel nicht satt haben – er ist fundamentaler Bestandteil, um Einkommen zu erwirtschaften. Die Frage ist vielmehr, wie Handel organisiert werde. Das Problem sei, dass sich alles immer am Weltmarkt orientiert. Es wird versprochen, dass globaler Handel allen zu Gute komme. Damit gehe das Märchen einher, dass wir an der Supermarktkasse entscheiden – die sogenannte Konsument\_innendemokratie. Doch was überhaupt im Supermarkt ankommt, ist bereits vorgegeben. Gesellschaftliche Verantwortung werde auf Konsument\_innen abgeschoben. Ein weiteres Problem ist die Machtkonzentration im Handel, sowie das internationale Handelsrecht, das mit Abkommen wie TiSA, TTIP, CETA und EPAs dazu dient, Profitinteressen von Konzernen zu verbriefen und sie so zu Recht werden zu lassen. Diese Entwicklung sollten wir nicht nur als Bauern und Bäuerinnen, sondern als Gesellschaft satt haben, rief Rumetshofer das Publikum auf.

### Visionen und Strategien für eine gerechtere Handelspolitik:

Franziskus Forster betonte, dass es bereits Strategien gebe, Ernährungssouveränität umzusetzen und die herrschenden Produktions- und Konsummuster aufzubrechen. Ganz vorne dabei seien die **Nyeléni Foren**.

Für Heidi Porstner war es wichtig deutlich zu machen, dass Umweltschutz kein Luxus und Landwirtschaft kein altmodisches Thema sein darf. Ihre Zukunftsvisionen sind, dass die EU Kommis-

sion chemisch synthetische Pflanzenschutzmittel verbietet und, dass Welthandelsabkommen Menschenrechte sowie Umweltrechte inkludieren und demokratischer gestaltet sind.

In Konrad Rehlings Vision gibt es kein Fairtrade-Label mehr, sondern Fairtrade hat sich als Standard etabliert. Wie soll das gehen? Dafür brauche es gesetzliche Regulierungen! Es darf nicht nur Konsument\_innen überlassen werden an der Supermarktkasse zu entscheiden, die Politik müsse gefordert werden. Zudem hält er es für wichtig, gemeinsam an positiven Zukunftsvisionen zu spinnen, wie zum Beispiel in der **BauernPost** oder dem **Alternativen Handelsmandat**, um zum Umdenken zu bewegen.

Elisabeth Mondejars Vision ist, dass Lebensmittelproduzent\_innen ihr Lebensmittel- und Agrarsystem selbst definieren können und sie unabhängiger von äußeren Einflüssen werden.

In Ludwig Rumetshofers Vision steht Ernährungssouveränität im Zentrum, sprich die Bedürfnisse der Bevölkerung sind entscheidend und nicht die Wünsche der Konzerne. Die Marktkonzentration muss durchbrochen werden – etwa durch alternative Verteilungssysteme wie **Community Supported Agriculture** (auch solidarische Landwirtschaft genannt) und **Foodcoops**. Dies sollte auch in einem größeren Rahmen geschehen, zum Beispiel in Form von selbstverwalteten Supermärkten. Das würde dem Interesse dienen, gesunde und leistbare Nahrungsmittel anzubieten, von denen Bauern und Bäuerinnen leben könnten. Gleichzeitig müssen Marktregulierungen wieder eingeführt werden. Die Strategie, um dorthin zu gelangen, muss alle Ebenen einschließen: Widerstand leisten, bestehende Politiken transformieren und gleichzeitig neue Alternativen aufbauen. Dafür ist auch internationale



Brigitte Reisenberger, FIAN Österreich, präsentiert die BauernPost.



# Panel Entwicklungspolitik: Gefährliche Allianzen – Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne als Entwicklungshelfer?

Auch in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) nimmt die Rolle des Privatsektors zu. Es wird von Multistakeholderdialogen gesprochen – von Dialogen könne aber nicht die Rede sein, so die Meinung am Podium. In vielen Gremien werden weder Bauern und Bäuerinnen, noch andere Teile der Zivilgesellschaft konsultiert. Der Menschenrechtsansatz müsse stärker in der EZA verankert werden, außerdem müssen Beschwerdemechanismen für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen geschaffen werden. Daher betonten die Diskutant\_innen wie wichtig ein **verbindliches Abkommen zu Menschenrechten und transnationalen Unternehmen** sei, das die Staaten in ihre Pflicht nimmt.



Panel zur Entwicklungspolitik

## Welche Probleme bringen die „neuen Entwicklungshelfer“ mit sich?

**Maureen Jorand, CCFD-Terre Solidaire**, berichtete, dass die Ernährungskrise 2008 ein internationales Momentum war, um mehr Investitionen in den Agrarsektor im Globalen Süden zu fordern. 2012 wurde von der G8 die **Neue Allianz für Ernährungssicherung** ins Leben gerufen. Der Privatsektor ist mit 200 Firmen, von nationalen Unternehmen bis hin zu transnationalen Konzernen, vertreten. Das Budget beläuft sich auf 9 Milliarden Euro - die eine Hälfte wird von G8 Staaten beigetragen, die andere Hälfte von Privaten Unternehmen. Die beteiligten Firmen kommen vor allem aus zwei Sektoren: Saatgut- und Düngemittelproduktion. Die Neue Allianz arbeitet jedoch nicht mit Bauern- und Bäuerinnenorgani-

sationen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen.

**Sophie Veßel**, Entwicklungspolitische Referentin der **AG Globale Verantwortung**, sagte, es sei bereits Realität, dass die Bedeutung des Privatsektors in der EZA zunehme. So gehe die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit bereits Wirtschaftspartnerschaften ein, zum Beispiel mit Unternehmen wie Hofer oder Agrana. Auch mit Geldern der Österreichischen Entwicklungsbank werden solche Partnerschaften gefördert. Die Hoffnung ist groß, dass auf diesem Wege viel Geld für die EZA von privaten Investoren kommt, da die öffentlichen Ausgaben gering sind. Es gibt auch Kooperationen von NGOs und Unternehmen, die ohne öffentliche Gelder ablaufen. Bei allen Kooperationen muss man sich genau ansehen, welchen Effekt diese wirklich auf die Armutsreduktion haben.

**Flavio Valente** betonte, es werde fälschlicherweise davon ausgegangen, dass alle Akteure auf derselben Ebene seien, ohne das Machtgefälle zu berücksichtigen. Es gibt die Pflichtenträger (Staaten), die Menschenrechtsinhaber\_innen (Menschen) und Dritte (beispielsweise Unternehmen). Land Grabbing sei ein typisches Beispiel für einen klaren Fall von Menschenrechtsverletzung. Große Konzerne begehen kontinuierlich Menschenrechtsverstöße. Menschenrechtsinha-





ber\_innen sitzen in vielen Gremien nicht mit am Tisch, Konzerne jedoch schon.

### Visionen und Strategien - Was ist jetzt zu tun?

Für Flavio Valente sind von der Zivilgesellschaft geforderte Menschenrechtsmechanismen wichtige und konkrete Schritte. So etwa ein verbindliches Abkommen zu Menschenrechten und transnationalen Unternehmen, zu dem es eine Arbeitsgruppe des Menschenrechtsrats gibt. Die EU und USA stellen sich jedoch dagegen. Allianzen müssen sich daher zusammenschließen.

Ein gutes Beispiel für einen solchen Zusammenschluss sei die **Karawane der Global Convergence of Land and Water Struggles – West Africa**, in der Bauern und Bäuerinnen, Fischer\_innen und Städter\_innen sowie viele weitere Unterstützer\_innen von Ouagadougou nach Dakar zogen, um sich für die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen, den Zugang zu Land, Wasser und Saatgut einzusetzen.

Sophie Veßel betonte, dass von der öffentlichen Politik eingefordert werden müsse, den Menschenrechtsansatz stärker in der EZA zu verankern. Es brauche Transparenz und Rechenschaftspflicht, sprich es muss rechtliche Beschwerdemechanismen geben. Außerdem müssen die Menschen, für die EZA Projekte gemacht werden, Mitspracherecht haben. Zudem darf sich nicht nur auf die EZA im Einzelnen fokussiert werden, sondern andere Politikbereiche müssen ebenso unter dem Aspekt der Menschenrechte betrachtet werden. Besonders wichtig ist da ein verbindliches Abkommen zur Regulierung von Konzernen.



Maureen Jorand

Auch Maureen Jorand betonte, dass freiwillige Leitlinien keine Lösung sind, sondern es bindende Regulierungen – wie das Abkommen zu Menschenrechten und transnationalen Unternehmen oder die **Erklärung für die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen** – braucht.



Sophie Veßel



# Zusammenfassung der Podiumsdiskussion: Spannungsfelder im Ernährungssystem - Menschenrechte und Konzerninteressen.

In der abschließenden Podiumsdiskussion gingen die Diskutant\_innen der Rolle von Konzerninteressen in Bezug auf Menschenrechte und ihrem Einfluss auf die Ernährungssituation weltweit nach. Inwiefern können Interessen von Konzernen und Produzent\_innen zusammenkommen und kann mit Agrarunternehmen kooperiert werden, um das Recht auf Nahrung umzusetzen?

Durch die Lobbyarbeit der Lebensmittelindustrie für TTIP kommt es laut Irmi Salzer zu Bemühungen, Lebensmittel- und Tierschutzstandards zu senken. Dabei gibt es Allianzen zwischen der landwirtschaftlichen Dachorganisation der Europäischen Union und der Lebensmittelindustrie. Auch der Bauernbund und die Landwirtschaftskammer stützen diese Interessen.

**Julianna Fehlinger** beobachtet eine Machtverschiebung in der Lebensmittelindustrie hin zur vor- und nachgelagerten Industrie (Pestizide, Düngemittel, Saatgut, Futtermittel etc.). Dies dränge Bauern und Bäuerinnen in die Abhängigkeit. Auch die Rolle der Supermärkte nehme zu. So werden die Preise in Österreich von drei Einzelhandelsketten (Spar, Rewe, Hofer) kontrolliert.

Für die Einhaltung der Menschenrechte brauche, so Flavio Valente, der UN-Menschenrechtsrat eine klare Rolle. Gesellschaftliche Interessen müssen immer über Privaten stehen.

Maureen Jorand hob hervor, dass bei Kontrolle im Ernährungssystem nicht nur von Agrarkonzernen gesprochen werden kann – Monsanto etwa produziert nicht nur Saatgut und Pestizide, sondern verkauft auch Versicherungen und ist auf verschiedenen Ebenen des Ernährungssystems aktiv. Eine Allianzenbildung ist nötig – der zunehmende Einfluss des Privatsektors muss in verschiedenen Bereichen in Frage gestellt werden.

Für **Bernhard Weber, ICEP – Institut zur Kooperation bei Entwicklungsprojekten**, sind "Unternehmen nicht das Böse aber auch nicht das Heil". ICEP arbeitet mit der Überzeugung, dass Unternehmen Entwicklung vorantreiben. Die Herausforderung sei, Bauern und Bäuerinnen zu unterstützen, sodass sie konkurrenzfähig werden. Kleinbauern und -bäuerinnen in globale Wirtschaftssysteme einzubeziehen sei die derzeitige Herausforderung.

Corporate Social Responsibility (CSR) Richtlinien sieht er dabei als wichtige Instrumente von Firmen, freiwillig mehr als einen gesetzlichen Mindeststandard zu leisten. Hier herrschte Uneinigkeit zwischen den Podiumsteilnehmer\_innen. Viele Diskutant\_innen stehen CSR Maßnahmen skeptisch gegenüber. Sie sehen darin ein Greenwashing von Konzernen, um sich der Diskussion über rechtlichbindende Standards zu entziehen.



Diskutant\_innen am Podium

